



5. Ausgabe/November 2014

## Neurussland – Geschichte, Gegenwart und Vision

Seit 2001 wird alljährlich im russischen Fernsehen die Sendung „Direkter Draht zu Wladimir Putin“ ausgestrahlt, in der Bürger\_innen Fragen an den Präsidenten stellen können. In der Ausgabe vom 17. April 2014 äußerte sich Präsident Putin zur Lage in der Ukraine auf bemerkenswerte Weise:

*„Es geht vor allem darum, die Rechte und Interessen der russischen und russischsprachigen Bürger im Südosten der Ukraine sicherzustellen. Ich möchte Sie daran erinnern – und benutze hierbei noch die Terminologie der Zarenzeit – dass dies Neurussland ist: Charkow, Lugansk, Donezk, Cherson, Nikolaev und Odessa waren zur Zarenzeit nicht Teil der Ukraine. Das sind alles Territorien, die der Ukraine in den zwanziger Jahren von der sowjetischen Regierung übergeben wurden. Weiß Gott, wozu sie das getan haben.“*

Mittlerweile ist der Begriff „Neurussland“ in aller Munde. Separatist\_innen in der Ostukraine fordern einen Zusammenschluss ihrer selbst ernannten „Volksrepubliken“ unter genau diesem Namen. Doch was steckt dahinter?

Die Idee und historische Realität „Neurusslands“ entstand Mitte des 18. Jahrhunderts. Aber sie hatte eine Vorgeschichte. Die zentrale Bedeutung der Herrschaft Peters des Großen (1682-1725) lag nicht nur in der Öffnung Russlands nach Westen, sondern vor allem in einem neuen russischen Selbstverständnis. Mit der Amtszeit Peters begann sich das ehemalige Moskauer Großfürstentum als ein multiethnisches Imperium zu verstehen, das sich seit 1721 auch offiziell so nannte: *Rossiiskaja Imperija*. Und wie viele Imperien begann das aus der neuen Hauptstadt St. Petersburg nach Europa blickende Russländische Reich, koloniale Expansionspolitik zu betreiben.

Doch vor dem Sieg über Napoleon 1812 war Russland noch kein vollwertiges Mitglied im exklusiven Klub der europäischen Groß-

mächte. Dass der russische Staatsmann und Kartograph Wasilij Tatischtschew in den 1730er Jahren die weitgehend anerkannte Ostgrenze Europas vom Fluss Don in den Ural verlegte, unterstrich den russischen Anspruch, fortan eine europäische Größe zu sein. Zugleich konzentrierte sich das Imperium verstärkt darauf, nach Westen und Süden vorzudringen.

### Die Entstehung Neurusslands

Im Vertrag von Perejeslaw (1654), dessen Jubiläum 1954 als Anlass für die Schenkung der Halbinsel Krim an die Ukraine dienen sollte, hatte das Zarenreich den Kosakenverbänden noch weitreichende Autonomierechte eingeräumt. Diese wurden im Laufe der folgenden hundert Jahre schrittweise aufgehoben. Auch wenn Katharina die Große (1762-1796) in mancherlei Hinsicht eine auf Toleranz von Minderheiten ausgerichtete Politik betrieb, forcierte sie zugleich die Vereinheitlichung des expandierenden Reiches. Die offenen Steppen sollten entwickelt werden, um den Landmangel in den zentraleren Regionen auszugleichen und die aufstrebende Großmacht wirtschaftlich und militärisch zu stärken. Mit der Erschließung des Schwarzmeergebietes sollte das Imperium unwiderruflich in Europa verankert werden.

Die neu erworbenen Gebiete waren von Anfang an reale territoriale Einheit und Mythos zugleich. Zwar wurde die Besiedelung dieses größtenteils offenen Graslandes, so gut es ging, staatlich reguliert; doch in einer Zeit, in der viele russische Bauern noch Leibeigene waren, stand Neurussland auch für die Chance auf einen Neuanfang. Dass Leibeigenen die Umsiedlung offiziell untersagt war, hinderte diese nicht, in großer Zahl ihr Glück im Süden zu versuchen. Neurussland wurde zum Zufluchtsort für entlaufene Leibeigene, verfolgte Minderheiten, schlecht bezahlte Staats- und Kirchendiener, europäische Siedler und Abenteurer aller Art (anfangs in der Tat meistens Männer).



Als eigenständiges Gouvernement trat Neurussland (*Novorossiiskaja Gubernija*) erstmals 1764 in Erscheinung. Ein neurusisches Bistum entstand, Stadtgründungen (nicht zuletzt Odessa) bekräftigten den Anspruch auf das neu erworbene Land, und mit der Annexion der formell unabhängigen Krim (1783) und dem kurz darauf erlangten Sieg über das Osmanische Reich war die Südgrenze befriedet. Schnell wurde die Krim administrativ in die Region Neurussland aufgenommen und innerhalb kürzester Zeit als „Perle“ oder „Garten“ des Imperiums in der öffentlichen Diskussion für das Reich vereinnahmt.

Um das nördliche Schwarzmeeresufer als Teil Europas zu festigen (und zugleich osmanische Ansprüche zurückzuweisen), startete die Zarin in der Region ihr „griechisches Projekt“. In Anlehnung an die Taurer, ein mythenumranktes antikes Volk im Schwarzmeergebiet, erhielt der südliche Teil Neurusslands nun die Bezeichnung „Taurien“ (*Tavricheskaja Gubernija*). In Bauten und Monumenten wurde das griechische Erbe beschworen und tatarische bzw. kosakische Ortsnamen in griechische umgewandelt. So entstanden Simferopol, Sewastopol und das heute umkämpfte Mariupol. Die Siedlungsbewegung nahm nun massiv zu: Von den etwa 1,7 Millionen Siedler\_innen, die im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts nach Russland strömten, ließ sich der Großteil in Neurussland nieder.

Um 1800 erstreckte sich das Gebiet entlang der gesamten nördlichen Schwarzmeerküste vom Fluss Dniester im heutigen Moldawien bis zur Mündung des Don im Osten. Bald schon erschlossen Eisenbahnen die Region von allen Seiten, Odessa avancierte zu einer der wichtigsten Handelsmetropolen des Reiches, und die Bevölkerung wuchs rasant.

### Zwischen sowjetischer und nationaler Identität

Mit dem Erstarken von Nationalbewegungen gegen Ende des 19. Jahrhunderts und der Betonung des nationalen Selbstbestimmungsrechts nach der Oktoberrevolution hatte sich der Begriff Neurussland bald überholt. Während Verfechter\_innen einer unabhängigen Ukraine die Differenzen zu Russland hervorhoben, hatte die neue sowjetische Führung im Imperialismus und besonders im so genannten „großrussischen Chauvinismus“ ein neues Feindbild gefunden. Auch wenn post-sowjetische Eliten die sowjetische Zeit heute oft als koloniale Herrschaft abtun, war es gerade diese Epoche, die weiten Teilen der südlichen Wald- und Grassteppen ihre „ukrainische“ Identität verlieh (oder diese zumindest stark förderte). Insofern könnte man Putin auf den ersten Blick sogar beipflichten, dass Neurussland anfangs wenig ukrainisch war.

Doch die Sache hat einen Haken. Letztlich war das Territorium genauso wenig russisch. Es macht keinen Sinn, Menschen und Landstriche des 18. und 19. Jahrhunderts in Kategorien der

Gegenwart zu pressen. Wenn man im 19. Jahrhundert örtliche Bauern gefragt hätte, wem sie sich zugehörig fühlten, hätten sie wohl ein Dorf oder eine Region genannt, vielleicht auch eine Religion. Oder sie hätten sich einfach als Bauern bezeichnet. Sicher aber wäre ihnen keine Nationalität in den Sinn gekommen. Die meisten behördlichen Einträge und Statistiken des Imperiums enthalten keinerlei Hinweis auf Nationalität. Bis ins frühe 20. Jahrhundert war diese Kategorie im Alltag weitgehend irrelevant.

Das Zarenreich ließ zudem kaum eine Gelegenheit ungenutzt, die eigene kulturelle Vielfalt hervorzuheben. Seinem Selbstverständnis nach war es eben kein russisches (*russskaja*), sondern ein russländisches (*rossiiskaja*) Reich, das sich durch Loyalität dem Autokraten gegenüber und nicht durch eine gemeinsame Kultur auszeichnete. Russland blieb stets ein multiethnisches Imperium. Gerade in der Region Neurussland, die Siedler\_innen aus dem Ausland und allen Teilen des Reiches anlockte, war dieses multikulturelle Gemisch besonders ausgeprägt. Die Region war im kulturellen Sinne weder inhärent russisch noch ukrainisch. Über ihre territoriale Zugehörigkeit kann man mit Verweis auf das Völkerrecht streiten; historisch legitimieren kann man sie nicht.

Russisch und ukrainisch wurde die Region, wenn überhaupt, erst später. Unterteilte man die Menschen zur Zarenzeit noch nach Stand und Religion, wurde Nationalität in der Sowjetunion zum zentralen Kriterium. In den 1920er und 1930er Jahren entstanden auf dem Territorium der UdSSR ethnisch definierte Teilrepubliken (etwa die Ukrainische SSR oder die Tatarische ASSR), und ab 1932 besaß jedes Individuum laut Pass eine festgeschriebene Nationalität (russisch, ukrainisch, tatarisch, jüdisch, etc.). Beim Studieneintritt, bei Arbeit und Wohnungssuche: immer wurde nun nach der Nationalität gefragt – und in Abhängigkeit von dieser wurde entschieden und verteilt. Manche Nationalitäten fielen in Ungnade und wurden systematisch diskriminiert; viele andere wurden gezielt gefördert. Dies mag mit Blick auf Marxismus und Internationalismus überraschend erscheinen. Doch sowjetische Ideolog\_innen gingen davon aus, dass auf eine Phase des „Aufblühens“ von Nationen eine Phase der „Annäherung“ und schließlich eine Phase der „Verschmelzung“ folgen würde. Der Weg zum neuen „sowjetischen Volk“ (*sovetskij narod*) führte über den Umweg des Nationalismus.

War der Nationalismus zur Zarenzeit noch weitgehend ein Phänomen der Intellektuellen, etablierte sich das Denken in nationalen Mustern in der Sowjetunion auch in der Masse der Bevölkerung. Dass politisch ambitionierte Eliten dieses Denken in der Perestroika-Zeit massiv beförderten, wirkt bis heute nach. Und doch sollten wir nicht überhastet schlussfolgern, dass Nationalismus zwangsläufig zu gewalttätigen Konflikten

## INTERVIEW MIT GERNOT ERLER, MDB

*Wie gefährlich ist Ihrer Meinung nach die Situation in der Ukraine für die Sicherheit und den Frieden in ganz Europa?*

Die bisherige Europäische Friedensordnung stützte sich auf ein Partnerschaftsverhältnis mit Russland. Das ist schwer erschüttert durch Russlands Vorgehen gegen die Souveränitäts- und Integritätsrechte der Ukraine. Noch gibt es einige Dialogbrücken mit Moskau, die der Westen auch nutzt. Werden sie abgebrochen, ist vieles wieder denkbar, was wir uns nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr vorstellen konnten.

*Der Westen erkennt die Wahlen in der Ostukraine nicht an. Welche Auswirkungen könnte dies auf den weiteren Verlauf der Krise und die Beziehungen zwischen Russland und den westeuropäischen Staaten haben?*

Die Wahlen vom 2. November in Donezk und Lugansk waren widerrechtlich und verstoßen gegen die Minsker Vereinbarungen vom 5. September 2014, die auch die Separatist\_innen unterschrieben haben. Selbst Moskau spricht nicht von „Anerkennung“, sondern plädiert lediglich für eine „Respektierung des Wählerwillens“. Diese Wahlen sind inzwischen aus der politischen Agenda weitgehend verschwunden, auf der nun ganz oben die Frage steht, wann Russland die zwölf Punkte des Minsker Abkommens endlich umsetzen wird.

*Kiew will sich die ostukrainischen Gebiete „zurückholen“. Wie wahrscheinlich ist dieses Szenario und wie würde sich eine Annektierung von Donezk und Lugansk auf die wirtschaftliche oder auch menschenrechtliche Situation in der Ukraine auswirken?*

Gemeinsam mit den europäischen Partnern sieht Deutschland keine Option, den Konflikt in der Ostukraine mit militärischen Mitteln zu lösen. Präsident Putin hat zu erkennen gegeben, eine militärische Niederlage der prorussischen Separatist\_innen auf keinen Fall hinnehmen zu wollen. Die blutigen Kämpfe der Monate Juli und August 2014 mit etwa 3.500 Toten sollten eine Warnung sein. In diesem Konflikt sind bereits genug Unschuldige und Wehrlose ums Leben gekommen oder ihrer Zukunft beraubt worden.

*Wie stehen Sie zu einer Ausweitung/Verstärkung der NATO-Präsenz in der Ostukraine oder im Baltikum (oder sogar in Polen)? Und welche Rolle kann/soll/muss Deutschland dabei übernehmen?*

Der letzte NATO-Gipfel hat vernünftige, einer Deeskalation Raum gebende Beschlüsse gefasst. Statt einer Stationierung von Kampftruppen in vorderster Linie gibt es einen *Readiness Action Plan*, der die Vereinbarungen der NATO-Russland-

Grundakte von 1997 nicht verletzt. Die Baltischen Staaten wie auch Polen haben sich mit diesen Beschlüssen einverstanden erklärt. Für irgendeine Präsenz der NATO in der Ostukraine gibt es keinerlei rechtliche Grundlage, weshalb eine solche Option in der NATO auch keine Rolle spielt. Deutschland hat sich nachdrücklich für die genannte umsichtige Reaktion der westlichen Allianz stark gemacht.

*Die Wahrnehmung Russlands bewegt sich im Moment zwischen Wirtschaftspartner und Feindbild. Wie groß schätzen Sie den Schaden ein, den die verhängten Sanktionen auslösen – wirtschaftlich und im Bezug auf das Verhältnis der westlichen Länder zu Russland?*

Den größten Schaden für Partnerschaft und Vertrauen hat die russische Vorgehensweise auf der Krim und in der Ostukraine ausgelöst. Die Sanktionen, die den westlichen Forderungen nach einer politischen Lösung des Konflikts Nachdruck verleihen sollen, bewegen sich in einem begrenzten und abgestuften Rahmen und bleiben deshalb in ihrer materiellen Wirkung auch begrenzt. Sie treffen allerdings im Moment auf eine angespannte russische Wirtschaftssituation, die geprägt ist von einbrechenden Wirtschaftsraten, massivem Kapitalabfluss, einem Verfall des Rubelkurses und – vor allem – einem Ölpreis, der um ein Drittel niedriger (auf einem Niveau von ca. 80 USD pro Barrel) pendelt. Die russische Führung weiß genau, wie sich die Sanktionen des Westens beenden lassen: Sie müsste nur umsetzen, was sie am 5. September 2014 in Minsk unterschrieben hat.

*Wie schätzen Sie die weitere Entwicklung des Konfliktes ein?*

Wir kennen nicht die russischen Ziele in der Ostukraine. Russland ist unvorhersehbar geworden. Was will Putin? Eine weitere Annexion? Einen Pufferstaat *Novorossija*, von dem er gelegentlich spricht? Einen *frozen conflict* als Hebel für eine „Transnistrierung“ der Situation? Eine Wiederherstellung der ukrainischen territorialen Integrität unter der Bedingung eines verbindlichen Nichtbeitritts zu EU und NATO? Unvorhersehbarkeit ist der größte Feind von Partnerschaft und Vertrauen. Aber auch für jede belastbare Prognose.

### Gernot Erler, MdB

Staatsminister a.D.  
 Koordinator der  
 Bundesregierung  
 für die Zusammen-  
 arbeit mit Russland





führt. Solche Konflikte werden von Politiker\_innen und Militär gezielt geschürt; sie entstehen nicht wie von Zauberhand aus der sprachlichen, religiösen oder sonstwie gearteten Zusammensetzung der Bevölkerung. Das oft gezeichnete Bild einer zweigeteilten Ukraine – ukrainischsprachig und pro-europäisch im Westen sowie russischsprachig und Moskau-hörig im Osten – spiegelt die komplexe Realität nicht wider. Vor allem erklärt es nicht die unterschiedlichen Stimmen und Strategien in den östlichen Landesteilen.

### Wohin geht die Reise?

Aufschlussreich ist ein vergleichender Blick auf die Millionenstädte Dnipropetrowsk und Donetsk. Während in Letzterer seit Monaten heftig gekämpft wird, besteht in Dnipropetrowsk – lange Zeit immerhin Hauptstadt Neurusslands – wenig Interesse an einer Abspaltung von der Ukraine. Beide Städte sind weitgehend russischsprachig. Kirchlicher Einfluss wird hauptsächlich von der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats ausgeübt. Vom Ende des 19. Jahrhunderts an wurden beide Städte zu Zentren der russländischen Industrie ausgebaut. In den 1960er und 1970er Jahren verbesserten sich die Lebensumstände an beiden Orten merklich, so dass Rufe nach Reformen kaum vernehmbar waren. In vielerlei Hinsicht waren beides sowjetische Musterstädte. Doch obwohl sich die Städte strukturell und historisch stark ähneln, kam es im Frühjahr 2014 in Donetsk schnell zu gewalttätigen Zusammenstößen, während in Dnipropetrowsk die Massen auf die Straße strömten, um für die Einheit der Ukraine zu demonstrieren. Ukrainische Nationalfarben zierten bald das Straßenbild, und am 22. Februar wurde gar Lenin vom Sockel gestoßen. Bis heute ist der Separatismus am Dnepr ein Randphänomen.

Entscheidend ist hierbei, dass in Dnipropetrowsk lokale Politik- und Wirtschaftseliten nicht versuchten, aus dem Durcheinander in Kiew Kapital zu schlagen und die Bevölkerung gegen die neuen Machthaber\_innen und ihre zum Teil nationalistischen Töne aufzubringen. Man arrangierte sich, und den

Menschen konnte dies nur recht sein. Die Mehrheit in Dnipropetrowsk (wie auch in anderen östlichen Großstädten wie Khar'kiv) tritt für eine mehrsprachige, multikulturelle Ukraine ein. Eine „moderne“ Ukraine ist für viele attraktiver als eine Annäherung an das zunehmend autoritäre Russland.

In Donezk und Lugansk gab es zu Beginn auch solche Stimmen, aber die örtlichen Oligarch\_innen verhielten sich anders. Sie legten sich nicht fest, verhandelten mit den alten wie mit den neuen Machthaber\_innen und verloren dabei immer mehr die Kontrolle über lokale Kräfte. Die direkte, zunehmend poröse Grenze zu Russland machte die Lage noch chaotischer. Aber die Zeit lässt sich nicht zurückdrehen, und das Problem ist nun, dass Krieg, Krankheiten und Hunger die Menschen verbittert haben. Fast eine halbe Million Menschen sind geflohen, und die Zurückgebliebenen machen größtenteils die Regierung in Kiew für ihre prekäre Lage verantwortlich. Die jüngste Ankündigung Kiews, alle staatlichen Leistungen einzustellen, wird diese Verbitterung noch verstärken. An Hauswänden sind seit Monaten „Neurussland“-Graffiti zu sehen – ein Schlagwort, das wie vor über 200 Jahren mit der vagen Hoffnung auf eine bessere Zukunft verbunden scheint.

Und ebenfalls wie zur Regierungszeit Katharinas steht der Begriff Neurussland für einen neuen russischen Großmachtanspruch. Dieses Mal jedoch ist es ein Anspruch, der Russland nicht näher an Europa heranbringt, sondern es weiter davon entfremdet. Stand imperiales Säbelrasseln im 18. Jahrhundert noch in ganz Europa auf der Tagesordnung, ist diese Art der Politik den meisten europäischen Staaten fremd geworden. Andererseits: Dass es für die Vision Neurussland keine völkerrechtliche Legitimation gibt, stört in der krisengeschüttelten Region nur wenige. Kaum jemand erwartet noch, dass sich die abtrünnigen Provinzen mit Kiew arrangieren werden. Putin wiederum kann die Instabilität nur recht sein. Sein Interesse gilt längst dem gesamten Küstenstreifen von Mariupol über Odessa bis Transdnistrien, der russischsprachigen Enklave innerhalb Moldawiens. Er hat dies mehrfach bekundet.

### Lesetipps

Kerstin Jobst: Geschichte der Ukraine. Stuttgart 2010.

Otto Luchterhandt: Die Krim-Krise von 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte, in: Osteuropa 64, Heft 5-6 (2014), S. 61-85.

Stephan Meuser: Wahlen in der Ukraine: „In Tarnfleck-Uniform auf Panzern über Bildschirme gerollt“. (27.10.14),

<http://www.ipg-journal.de/kurzinterview/artikel/wahlen-in-der-ukraine-in-tarnfleck-uniform-auf-panzern-ueber-bildschirme-gerollt-645/>

Janusz Reiter: Im Fall Moskau hilft keine Psychotherapie. Eine gemeinsame europäische Antwort auf die Ukraine-Krise ist nicht eine Frage des Ehrgeizes, sondern ein Gebot des politischen Überlebens. (5.10.14), <http://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/bilanz-der-osterweiterung/artikel/detail/im-fall-moskau-hilft-keine-psychotherapie-616/>

Yuri Slezkine: The USSR as a Communal Apartment, or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism, in: Slavic Review 53, Heft 2 (1994), S. 414-452.

Oliver Thränert: Der große Graben. Das Tauziehen zwischen Russland und dem Westen hat gerade erst begonnen. (5.11.14)

<http://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/der-grosse-graben-654/>

### Vormerken!

**Sicherheitspolitisches Forum Niedersachsen: „Die Krise in der Ukraine“ am 3.12.2014 um 19.00 Uhr im Courtyard by Marriott Hannover Maschsee**

[http://www.fes.de/niedersachsen/common/pdf/2014/14\\_12\\_03\\_SiPol%20Ukraine.pdf](http://www.fes.de/niedersachsen/common/pdf/2014/14_12_03_SiPol%20Ukraine.pdf)